

Kontroverse Green-Card-Debatte

DGB: Bedarf sinkt / Experte für Einwanderungsgesetz

HAMBURG (dpa). Die Diskussion über die Anwerbung von Computer-Spezialisten aus dem Ausland ebbt nicht ab. Der Bochumer Innovationsforscher Erich Staudt sieht darin kein geeignetes Rezept, um den Fachkräftemangel in Deutschland dauerhaft zu beheben. „Das könnte allenfalls vorübergehend einen Teilbeitrag liefern.“ Vor allem in Russland und Indien sei das Potenzial an Experten bereits dezimiert worden. „Die Amerikaner waren schon da“, sagte Staudt in einem dpa-Gespräch. In Deutschland würden die heute schon bestehenden Engpässe noch schärfer. Auch in anderen Branchen wie dem Maschinenbau, der Verfahrens- und Elektrotechnik bis hin zur Biotechnologie seien Hemmnisse in der Entwicklungsdynamik durch fehlendes Personal zu befürchten. Seine Prognose: „Deutschland gehen in aller Breite in den nächsten Jahren die Innovatoren aus.“

Nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat dagegen der Mangel an Fachleuten in der Computerbranche bereits seinen Höhepunkt überschritten. Darauf deuteten verschiedene Indikatoren hin, sagte die DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer. Zugleich wandte sie sich gegen eine generelle Öffnung der Grenzen für ausländische Arbeitnehmer. Sie widersprach damit der von Kanzler

Gerhard Schröder angeregten Initiative, per Green Card wenigstens 30 000 Arbeitnehmer ins Land zu lassen. Die Arbeitsmarkt-Expertin rief die Branche zudem auf, ihre „Jugendfixiertheit“ aufzugeben und auch Leuten mit 40 Jahren oder mehr eine Chance zu geben. Veröffentlichungen auf der Computermesse Cebit zeigten „deutliche Bremsspuren“ bei den Gehältern in der Informationstechnik. Das deutete auf eine nachlassende Verknappung von Fachkräften hin, betonte die DGB-Funktionärin. Auch die Zahl entsprechender Stellenanzeigen sei gesunken.

Der Osnabrücker Migrations-Experte Professor Klaus Bade sprach sich in diesem Zusammenhang für eine umfassende Einwanderungsgesetzgebung in Deutschland aus. Der Vorschlag des Bundeskanzlers, ausländische Computerexperten auf Zeit ins Land zu holen, sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung. „Es ist aber ein zu kurzer Schritt“, sagte der Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück. Ein auf wenige Jahre begrenztes Angebot der vorübergehenden Einwanderung nehme deutschen Unternehmen die Chance, international anerkannte Topleute verpflichten zu können. „Die kommen nicht, wenn sie hinterher wieder hinausgeworfen werden.“